
Harald Schartau: Chancen für den Industriestandort Deutschland Erhalten

Harald Schartau, geb. 1953 in Duisburg, ist Bezirksleiter der IG Metall in Dortmund.

Ich bin Bezirksleiter der IG Metall für das Ruhrgebiet, für Ostwestfalen und das Münsterland. In meinem Bereich - in Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg, Herne - sind wir im Augenblick Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit. Und wir sind Spitzenreiter im Bereich arbeitsloser Jugendlicher. Wir haben eine starke Monostruktur, und wir haben wenige Betriebe, die in nächster Zeit Neueinstellungen planen, aber viele, die weitere Entlassungen vorbereiten. Aber wir ergeben uns nicht unserem Schicksal, sondern wir haben ziemlich früh angefangen, die Situation in unserer Region offensiv anzufassen, und wir gehören auch nicht zu den Gewerkschaftern, die sagen, einem möglichen Arbeitsplatz ist alles andere unterzuordnen. Dies vorweg zu meiner Perspektive, aus der heraus ich zum Programmentwurf Stellung nehmen möchte.

Defizite des Programmentwurfs

Erstens möchte ich dazu ermuntern, in unserem Programmentwurf eine klare Vision zukünftiger industrieller Arbeit zu formulieren. Die Gewerkschaften sollten sich in diesem Programm über jeden Zweifel erheben, daß sie industrielle Arbeitsplätze in Zukunft nicht mehr als notwendig ansehen. Die Perspektive, an der ich mitarbeiten möchte, ist die einer modernen industriepolitischen Strategie, die denen entgegentritt, die aus dem Land der Dichter und Denker ein Land der Kostensenker machen wollen, und denen, die sagen, „Weiter so wie bisher, nur billiger“. Das ist keine Perspektive für die Bundesrepublik. Das ist lediglich eine Perspektive für eine gnadenlos weiter steigende Arbeitslosigkeit. Und ich wende mich gegen eine Vision zukünftiger Arbeit, die heißt: Deutschland wird das Land der Hightech-Arbeitsplätze mit Hightech-Produkten, und irgendwo auf der Welt werden dann die minderwertigen, normalen Arbeitsplätze sein. Ich wende mich gegen eine Vision, die heißt: Hier können nur noch Blaupausen gemacht werden, und in Osteuropa oder sonstwo auf der Welt wird dann die Arbeit gemacht. Oder: Deutschland wird das Land der Dienstleister und von Multimedia. Ich warne nachdrücklich davor, einer solchen Vision zu erliegen. Die Zukunft der Arbeit liegt in Deutschland nach wie vor im industriellen Bereich.

Dies wird aber nur dann gelingen, wenn die Diskussion über die Zukunft industrieller Arbeit offensiv geführt wird. Das heißt, wir müssen die Ansätze, die es hierzu in den Gewerkschaften gibt, auf die Fragen einer modernen, ökologisch verpflichteten und in Richtung einer auf Innovation durch Parti-

zipation ausgerichteten Industriegesellschaft zuspitzen. Ökologische Fragestellungen haben längst den Charakter von Sonntagsreden verloren, sie sind zu einem ernstzunehmenden Faktor geworden. Innovation durch Partizipation heißt, daß die Kompetenz der Beschäftigten genutzt wird, um unter dem Gesichtspunkt der Ressourceneffizienz zu neuen, ökologisch verträglichen Produktionsverfahren und Produkten zu kommen, die exportiert werden können. Und wir müssen aus der Umklammerung der Kostensenker herauszukommen. Kostensenker als Prinzip unternehmerischen Handelns ist keine Perspektive für eine moderne Industriegesellschaft, sondern sie führt uns zurück in ein frühkapitalistisches Zeitalter. Ansätze wie „Wir müssen uns auf das Kerngeschäft konzentrieren“ oder „Wir müssen unsere Industrie durch Zukauf diversifizieren“ verhindern, wenn sie verabsolutiert werden, notwendige Innovationen. Sie verbauen die Perspektiven industrieller Produktion in Deutschland.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die hier schon genannte Kritik, daß unser Entwurf die Fragen der Internationalisierung, der Globalisierung nicht beantwortet. Das heißt nicht, daß dies nicht möglich wäre, sondern wir haben es einfach versäumt, hier die richtigen Fragen zu stellen.

Die Folgen der Internationalisierung sind im Bereich der industriellen Arbeit knallhart. Internationaler Wettbewerb heißt: Wo läßt General Motors den Motor bauen, bei Opel in Bochum, in Großbritannien oder in Belgien? Und unter dem Stichwort global sourcing, weltweites Einkaufen, heißt dies, daß die Zulieferer weltweit miteinander konkurrieren. Es geht also um die Frage: Wohin wird die Arbeit verlagert? Und es geht darum, daß beispielsweise die IG Metall auf ihren Kongressen Beschlüsse zu Fragen des Internationalismus faßt, aber hinterher eine Tarifpolitik macht, in der solche Fragen keine Rolle mehr spielen. Es geht also darum, wie wir die Internationalisierung der Konzerne in unsere Strategie einbauen können. Ich erwarte, daß wir uns dieser Frage zumindest stellen, und ich kann nur empfehlen, daß der Entwurf vor der Verabschiedung aus dieser Perspektive noch einer gründlichen Überarbeitung unterzogen wird.

Mein letzter Punkt betrifft die Frage des ökologischen Umbaus. Ich habe vorhin kurz die Region skizziert, aus der ich komme. Bei uns gibt es natürlich eine große Abhängigkeit vom Montanbereich. In der Eisen- und Stahlindustrie bedeutet das aber auch, daß wir es mit einer Industrie zu tun haben, die einen im Prinzip kreislauffähigen Werkstoff produziert - das ist ein großer Vorteil. Und wir sagen den Stahlindustriellen: Wenn ihr diesen Vorteil im Konkurrenzkampf der Werkstoffe untereinander nutzen wollt, müßt ihr die Produktionsverfahren, das Produktdesign und den Umgang mit diesem Produkt auch unter ökologischen Gesichtspunkten abklopfen. Zum kreislauffähigen Werkstoff muß eine ökologische Produktionsweise hinzukommen, und diese ließe sich dann auch bei uns im Ballungsgebiet machen. Es handelt sich um Hightech-Technologie. Die Betriebsräte in der Eisen- und Stahlindu-

strie, die sich zum Teil schon seit Jahren mit der Kreislaufwirtschaft auseinandersetzen, tun das im übrigen auch nicht aus Gründen des Zeitvertreibs, sondern weil sie hierin eine strategische, für die Existenz dieser Industrie entscheidende Frage sehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine kurze Anmerkung zur Energiesteuer machen, auch an die eigenen Reihen: Daß die Gewerkschaften ein Konzept zur Energiesteuer vorlegen, ist gut. Aber ein gutes Konzept ist nur eins, das auch Antworten für die kritischen Bereiche gibt und nicht in den sensiblen Fragen weiße Stellen läßt. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Wir können als Gewerkschaften nicht in die notwendige Debatte um die Energiesteuer einsteigen und in den heiklen Bereichen von Stahl-, Aluminium- oder Kraftwerksindustrie Ausnahmen zulassen. Das ist keine konsequente Politik. Ich sage das nicht zuletzt deshalb, weil ich die Energiesteuer auch gegenüber denen vertreten muß, die beim Stahl arbeiten, die im Kraftwerksbereich arbeiten oder in der chemischen Industrie. Hier haben wir ein Defizit. Und solange wir das nicht geschlossen haben, sind wir diesbezüglich noch kein verlässlicher Partner.

Meine letzte Bemerkung: Umstrukturierung heißt in vielen Augen oft zweierlei: Wir radieren das Alte weg und malen uns etwas Neues aus. Diesen Weg des Umbaus der Industriegesellschaft können die Gewerkschaften nicht mitbeschreiten, weil es ihnen um die Menschen geht, die in solche Umstrukturierungsprozesse hineinmüssen. Deshalb lautet meine Schlußfolgerung und meine Anforderung an das Programm: Wenn wir Umstrukturierung von Industrien oder Regionen vornehmen, müssen wir einen Weg finden, der dafür sorgt, daß die Menschen, die in den Umstrukturierungsprozeß hineinkommen, beteiligt werden. Die Möglichkeit, am Umbau im eigenen Betrieb mitzuarbeiten, an Alternativen mitzuwirken, ist für uns eine wesentliche Forderung. Hierfür haben die Gewerkschaften ein Modell entwickelt, das Modell der sogenannten Beschäftigungsgesellschaften, oder besser: der Transfergesellschaften. Es geht um das Ziel, mit den Beschäftigten aus einem Betrieb, der krisenhaft bedroht ist und bei dem Arbeitsplätze abgebaut werden, an einer Perspektive für die Zukunft zu arbeiten, ohne den üblichen Weg zu gehen, den wir im Augenblick so oft gehen, nämlich die Betroffenen in die Anonymität des Arbeitsamtes zu entlassen und erst dann zu sehen, ob sich für sie noch irgendwo sonst eine Beschäftigung findet. Die Menschen müssen vor Ort einbezogen werden. Die Bereitschaft, den Weg zur Umstrukturierung unter dieser Bedingung gemeinsam zu gehen, ist vorhanden. Das ist für mich unter sozialen und unter ökonomischen Gesichtspunkten eine große Chance. Das Grundsatzprogramm muß sich solchen Perspektiven gegenüber öffnen.

Am Ende wird jedes Programms daran gemessen, ob es die Perspektiven, die es in der heutigen Situation gibt, aufnimmt. Und deshalb ist es gut, daß wir heute in einem Kreis zwischen denen, die den Olymp der Programmdiskussion beherrschen, und denen, die in der Bronx der realen Probleme leben, gemeinsam diskutieren.